

Bulgarien

JOHANNA DEIMEL

Es hätte ein „home run“ werden können für Ivan Kostov von der Union Demokratischer Kräfte (UDK), den ersten Ministerpräsidenten Bulgariens seit 1989, der über die volle Legislaturperiode von vier Jahren im Amt war. Nach den Parlamentswahlen 1997 mit absoluter Mehrheit (52,26 Prozent) der Mitte-Rechts-Koalition der Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) in der Bulgarischen Nationalversammlung versehen führte der konservative Parteivorsitzende Bulgarien zur Einladung von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf dem Gipfel von Helsinki 1999 und zur Aufhebung des Visaregimes der EU gegenüber den bulgarischen Staatsbürgern im April 2001. Vor allem brachte er Bulgarien zurück auf den makroökonomischen und finanzpolitischen Stabilisierung- und Reformkurs, mit einem seit 1997 stetig steigenden Bruttoinlandsprodukt, das 2000 ein positives Wachstum um 5,8 Prozent erreichte.¹ Spätestens seit der Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse zur Wahl der Bulgarischen Nationalversammlung vom 17. Juni 2001 aber ist klar, dass die UDK ihren Kredit verspielt hatte, als sie mit nur 18,18 Prozent der Stimmen ein desaströses Wahlergebnis einstecken musste. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 67 Prozent wurde Simeon Saksoburggotski mit seiner erst im April 2001 formierten und zugelassenen „Nationalen Bewegung Simeon II“ (NBS) von 42,74 Prozent der Wähler zum überwältigenden Sieger.

Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001

Wahlbündnisse (dominierende Parteien)	Prozent	Sitze
Vereinigte demokratische Kräfte (Union demokratischer Kräfte)	18,18	51
Koalition für Bulgarien (Bulgarische Sozialistische Partei)	17,15	48
Nationale Bewegung Simeon II	42,74	120
BRF – Liberale Union – Euroroma (Bewegung für Rechte und Freiheit)	7,45	21
Gergjovden – IMRO	3,63	0

Der Erdrutschsieg des aus dem Exil nach Bulgarien zurückgekehrten Zaren Simeon II, der nun mit seinem bürgerlichen Namen Saksoburggotski als Ministerpräsident die Geschicke Bulgariens lenken wird, ist nicht überraschend, hatte doch die UDK im Verlauf weniger Monate durch Missmanagement und Korruptionsvorwürfe Schlagzeilen gemacht. Die innerparteiliche Polarisierung zwischen dem Tandem des UDK-Vorsitzenden der Stadt Sofia, Evgenij Bakardziev, und dem Bürgermeister Sofias, Stefan Sofijanski, einerseits und Ivan Kostov andererseits, dem die beiden vorwarfen, sich nicht um die wichtigen Themen, wie Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen und Kriminalitätsbekämpfung zu kümmern, war ein Indiz für die auseinanderbrechende Solidarität innerhalb der UDK. Hinzu kamen im Februar 2001

Parteiausschlussverfahren gegenüber Christo Bisserov und Jordan Tzonev, was von dem UDK-Vorsitzenden Kostov eher einen autoritären Führungsstil als demokratische Konfliktbewältigung vermittelte. Als Hauptgrund für das Zerwürfnis wurde vor allem die Rivalität von sich bekämpfenden Wirtschaftsklans innerhalb der UDK genannt. Was unter der sozialistischen Regierung Videnovs der „Orion-Clan“ innerhalb der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) war, fand sich nun analog innerhalb der UDK als „Olympus Club“ wieder, und dies in einer Partei, die 1997 mit dem Versprechen angetreten war, eine saubere und transparente Politik zu betreiben. Als Ende Februar 2001 die ehemalige nationale Fluggesellschaft Balkan Air für zahlungsunfähig erklärt wurde, Abhörskandale öffentlich wurden, schließlich Präsident Stojanov erklärte, er werde nicht für die UDK sondern als unabhängiger Kandidat in den Präsidentschaftswahlkampf im Herbst 2001 gehen, hatte die Regierung Kostov das Vertrauen der Bevölkerung reichlich verspielt. Hinzu kam die unverändert schwierige Lebenssituation in Bulgarien. Der monatliche Durchschnittslohn lag im Jahr 2000 bei 105 US-Dollar, und mit einer Arbeitslosenrate von 17,8 Prozent stand Bulgarien hinter Kroatien (20,8 Prozent) an der Spitze der Transformationsländer.² Aber auch die BSP konnte unter ihrem Parteiführer Georgi Parvanov trotz eines professionell geführten Wahlkampfes keinen Boden gewinnen. Ihr haftet noch immer das Stigma des wirtschaftlichen und finanziellen Kollaps aus den Jahren der Regierung Videnov (1994-1997) an, so dass trotz zunehmend sozialdemokratischem und westorientiertem Kurs der BSP nur 17,15 Prozent, das heißt die Stammwählerschaft übrig blieben.

So ist es nicht verwunderlich, dass Simeon II mit seinem populistischen Wahlprogramm als Retter in der Not erschien, dem es nicht um seinen eigenen Profit sondern um das Wohl der bulgarischen Bürger gehen sollte. In 800 Tagen werde das Wirtschaftsprogramm der NBS greifen, weil fortan Moral, Verantwortungsbewusstsein und Professionalität die Leitmotive der Politik sein würden und Klientelismus und Korruption der Kampf angesagt werde. Man müsse ihm, Simeon, nur „vertrauen“. Unter Beibehaltung der strikten Währungs- und Finanzdisziplin durch den Währungsrat wolle man die Gewinnsteuern für Unternehmen bei geplanten Reinvestitionen streichen, Mikrokredite für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit vorsehen und eine deutliche Anhebung der Renten erreichen.³ Am 25. Juli 2001, nach langwierigen Verhandlungen und dem Bestreben der NBS, eine große Koalition mit der UDK, der BSP und der Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF) bilden zu können, ist das neue Kabinett von der 39. Bulgarischen Nationalversammlung gewählt worden.

Stand der Beitrittsverhandlungen

Bulgarien startete sehr ambitioniert im vergangenen Jahr in die Beitrittsverhandlungen, vor allem nach dem Wechsel des Postens des bulgarischen EU-Chefunterhändlers an den Vize-Außenminister Vladimir Kiss'ioev. Ende Juli 2001 hatte Bulgarien insgesamt elf Kapitel ganz oder teilweise geschlossen und zehn Kapitel für die Verhandlungen geöffnet, darunter erst vor kurzem die Kapitel Steuern und

Umweltschutz.⁴ Wichtige und schwierige Kapitel wie Landwirtschaft, Energie, Freizügigkeit, Sozial-, Industrie- und Regionalpolitik stehen noch aus. Nicht nur der EU-Erweiterungskommissar, Günter Verheugen, richtete an Bulgarien den Appell, dass nicht die Anzahl der abgeschlossenen Kapitel zähle, sondern dass die Verhandlungen „Hand in Hand gehen müssen“ mit Reformen in der Wirtschaft, dem Gerichtssystem und der öffentlichen Verwaltung.⁵ Die essenzielle Frage für Bulgarien ist, ab wann der EU-Beitritt möglich sein wird. Die ehemalige bulgarische Außenministerin Nadezda Michajlova (UDK) warf im Januar 2001 in einem Interview in der Berliner Zeitung der EU-Kommission vor, dass Bulgarien nicht „fair“ behandelt würde, weil es nicht individuell sondern vielmehr im gesamten südosteuropäischen Kontext mit „vernebeltem Blick“ betrachtet werde.⁶ Die von der EU-Kommission in ihrem Bericht vom November 2000 angemahnten Probleme, wie die mangelnde Integration der Roma, der notwendige Kampf gegen Korruption und die Errichtung eines effizienten Justizsystems seien nicht solitär bulgarische Probleme. Michajlova zeigte sich davon überzeugt, dass Bulgarien im Jahr 2004 Mitglied der EU werden könne. Diese Hoffnung teilt die ehemalige Außenministerin mit 49 Prozent der im Juli 2001 von Alpha Research Befragten, die davon ausgehen, dass Bulgarien binnen der kommenden fünf Jahre Mitglied der EU werde. Noch Ende vergangenen Jahres waren nur 19 Prozent der Ansicht, dass dies ein realistisches Ziel sein könnte und 38 Prozent sahen die Mitgliedschaft erst nach mindestens zehn Jahren als möglich an.⁷ Allein hier wird erkennbar, wie groß der Erwartungsdruck ist, der auf der neuen wie alten Regierung lastet(e).

Die Reaktionen auf den „Regelmäßigen Bericht der EU über den Stand der Beitrittsfähigkeit Bulgariens“ vom November 2000 machten deutlich, dass auf Kritik sehr empfindlich reagiert wird und der „honeymoon“ nach Helsinki vorbei ist. Schwer lasteten nicht nur die Bemerkungen zum Minderheitenschutz, Justiz und Korruption sondern vor allem das Urteil, dass „Bulgarien noch nicht in der Lage (ist), dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union mittelfristig standzuhalten“.⁸ Unter dem Vorsitz von Ivan Kostov legte der bulgarische Ministerrat für EU-Integration Ende Juni 2001 beinahe trotzig einen Bericht vor, wonach sich bestätigt habe, dass in Bulgarien eine funktionierende Marktwirtschaft existiere.⁹ Nicht nur die Kommission mahnte einen großen Reformbedarf an, auch die bulgarische Wochenzeitschrift Kapital ging mit dem EU-Optimismus der Regierung Kostov hart ins Gericht. Die Einladung Bulgariens zu Beitrittsverhandlungen sei politisch motiviert gewesen, in ökonomischer Hinsicht aber zählten Fakten und diese sprächen eine andere Sprache, nämlich, dass Bulgarien nach einer Analyse von Price Waterhouse bei der Beitrittsfähigkeit das Schlusslicht unter den Kandidatenländern bilde und, so der Verweis auf eine andere Prognose, in den kommenden zwanzig Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von 17 Prozent benötige, um den Stand von Griechenland, Portugal und Spanien zu erreichen.¹⁰

Auch der Internationale Währungsfonds dämpfte im April 2001 mit Blick auf die EU-Integration Bulgariens alle optimistischen Erwartungen und gab zu verstehen, „(...) Bulgaria is still far from its goal of EU accession“. Andere Einschätzungen scheinen dies zu bestätigen. Während im Jahr 2000 der Durchschnitt des Brutto-

Inlandsprodukts (BIP) pro Kopf der 13 EU-Kandidatenländer bei 35 Prozent des EU-Durchschnitts lag, stand Bulgarien mit nur 24 Prozent am Ende der Reihe.¹¹ Der Grund liegt in der niedrigen Arbeitsproduktivität. So erreichte zum Beispiel in Bulgarien die Arbeitsproduktivität in den Sektoren Handel, Transport und Kommunikation, die 1998 17,9 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachten, nur 27 Prozent der Produktivität des EU-Durchschnitts.¹² Aufgrund der schlechten Lebenssituation flüchten sich viele Bulgaren in die Subsistenzwirtschaft. Wie weit die Re-Agrarisierung Bulgariens vorangeschritten ist, wird aus den Angaben von Eurostat erkennbar: 1998 wurden 21,1 Prozent der Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft erzielt (Vergleich: EU-15: 2,6 Prozent).¹³ In seiner Regierungserklärung versprach Premier Sakschoburggotski, der Agrarpolitik als einem seiner Schwerpunktbereiche besondere Aufmerksamkeit zu schenken und über den Weg einer verbesserten Lebensmittelindustrie und ökologischem Landbau den Export der landwirtschaftlichen Produkte anzukurbeln.¹⁴ Mittlerweile befinden sich zwar 98 Prozent des Agrarlandes in Privatbesitz, doch gibt es bislang noch keinen Grundstücksmarkt. Auch dieser Aufgabe will sich der neue Ministerpräsident widmen. Unterstützt werden wird er durch die EU, die Bulgarien als erstem EU-Beitrittskandidatenland jährlich 53 Millionen Euro aus dem SAPARD-Programm gewähren wird.¹⁵

Euro-atlantische Ambitionen von Premier Sakschoburggotski

Es ist das erklärte Ziel der neuen Regierung, der EU und NATO als vollwertiges Mitglied beizutreten und die „erfolgreiche Integrationspolitik Ivan Kostovs“¹⁶ fortzusetzen. Nach dem Regierungswechsel werden zwei Persönlichkeiten die Verhandlungen mit der EU führen, die aufgrund ihrer Biografie und ihres beruflichen Engagements eine kompetente Fortführung erwarten lassen. Zur Chefunterhändlerin mit der EU und stellvertretenden Aussenministerin wurde Meglena Kuneva von der NBS berufen. Sie gehörte als Expertin der Rechtsabteilung des Ministerrats an und hat sich vorwiegend im Bereich des Umweltschutzrechts einen Namen gemacht. Neuer bulgarischer Botschafter bei der EU ist Stanislav Daskalov. Der ehemalige Außenminister unter der Regierung Ljuben Berov (1993/94) ist nicht nur Vorstandsmitglied des vom neuen Außenminister, Solomon Pasi (NBS), gegründeten Atlantic Clubs, sondern hat 1992 als Chefunterhändler das Europaabkommen mit der EU ausgehandelt und steht seit 1999 dem bulgarischen Europa-Institut und dem European Movement als Präsident vor.

Und doch sind bereits jetzt Akzentverschiebungen in der Beitrittsstrategie der neuen Regierung von Sakschoburggotski erkennbar. Während die Regierung Kostov auf eine individuelle Beurteilung des Integrationsvermögens Bulgariens größten Wert legte und jegliche Kombination mit den benachbarten Balkanländern oder Rumänien strikt von sich wies, erklärte der rumänische Ministerpräsident Adrian Nastase nach seinem Gespräch mit Simeon Sakschoburggotski, dass man erörtern habe, ob Bulgarien und Rumänien nicht als „Tandem“ auf ihrem Weg der Integration in EU und NATO betrachtet werden könnten.¹⁷ Zweifelsohne richtet sich der Blick Bulgariens jetzt ganz auf die bevorstehende Entscheidung über die NATO-

Erweiterung im Jahr 2002. Hier sind wesentliche Weichen seitens Bulgariens bereits gestellt worden. Nicht nur die aktive Mitgliedschaft im NATO-Partnership for Peace-Programm wird in die Waagschale geworfen. Am 21. März 2001 ist Bulgarien, dessen Bevölkerung nach wie vor ein sehr zwiespältiges Verhältnis zur NATO-Integration aufweist, einen großen Schritt weiter gegangen und hat ein Abkommen mit der NATO paraphiert, das den Transit von NATO-Truppen über bulgarisches Territorium erlaubt. Das Abkommen wurde am 6. April 2001 mit überwältigender Mehrheit vom Parlament ratifiziert und der parteiübergreifende Konsens über die Integration in die NATO von der 39. Nationalversammlung bei ihrer konstituierenden Sitzung am 5. Juli 2001 bekräftigt.

Regionale Politik – der Stabilitätspakt auf dem Prüfstand

Würdigte die Kommission in ihrem Bericht 2000 noch Bulgarien als wichtigen Befürworter der EU-Politik und aktiven Teilnehmer am Stabilitätspakt für Südosteuropa, so hat sich gerade das Verhältnis Bulgariens zum Stabilitätspakt deutlich abgekühlt. Der Bericht der EU-Kommission lag noch in der Schublade, als Ende Oktober 2000 von der bulgarischen Regierung harsche Kritik am Stabilitätspakt geäußert wurde. Die Position des Vorsitzenden des Parlamentskomitees für Außen- und Integrationspolitik, Assen Agov (UDK), der den Austritt Bulgariens aus dem Stabilitätspakt androhte, sollte das Visaregime gegenüber Bulgarien nicht aufgehoben werden, wurde auch von Premier Ivan Kostov und Außenministerin Michajlova unterstützt. Der Stabilitätspakt, so die Befürchtung, könne als politisches Alibi fungieren und Bulgarien auf ein Nebengleis der EU-Integration stellen.¹⁸ Mit der hauptsächlich innenpolitisch motivierten Austrittsdrohung aus dem Stabilitätspakt hat Bulgarien in seiner Reputation als stabiler und vor allem integrativer Faktor auf dem Balkan viel diplomatisches Porzellan zerschlagen. Anfang August 2001 reiste der Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt, Bodo Hombach, nach Bulgarien, um gegenüber der Regierung Sakskoburggotskis die Vorteile des Paktes gerade im Blick auf die notwendigen ausländischen Investoren zu betonen und eine „neue und substanziellere Kooperation“ anzuregen.¹⁹ In jedem Fall aber ist die Unterzeichnung des Memorandums über die Handelsliberalisierung mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien und Rumänien ein weiterer wichtiger Baustein der regionalen Kooperation und unterstreicht die stabilisierende und integrierende Position Bulgariens in der Region.

Mazedonien in der Krise

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nachbarstaat Mazedonien stellen Bulgarien vor vielfache Probleme. Die Solidaritätsbekundungen der Regierung Kostov mit der amtierenden Regierung in Mazedonien waren eindeutig, als sie die Aktionen der mazedonischen UÜK durchwegs als terroristische Akte verurteilte. Der Vorstoß des bulgarischen Staatspräsidenten Petar Stojanov im März 2001, die mazedonische Regierung mit militärischer Ausrüstung zu unterstützen, ist zunächst sofort von der Regierung relativiert worden, Ende desselben Monats aber wurden

Vereinbarungen über die Lieferung von Waffen und Munition nach Mazedonien getroffen. Bereits 1999 hatte Bulgarien seinem Nachbarn ausgeholfen und 94 T-55 Panzer, 108 M-30 Artillerie-Geschosse und Munition geschickt. Trotzdem: „Die Probleme der ethnischen Koexistenz haben keine militärische sondern bedürfen einer politischen Lösung“, so die Außenministerin Mihajlova bei dem Außenminister-Treffen in Skopje am 12. April 2001.²⁰ Neben einer durch die Krise motivierten andauernden Shuttle-Diplomatie und intensiven Konsultationen zwischen bulgarischen und mazedonischen Regierungsvertretern wurden im Juni 2001 zwei Abkommen unterzeichnet, die einen – wenn auch kleinen Schritt – zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen bedeuten.²¹ Kurz nach seinem Amtsantritt als neuer Außenminister traf sich Solomon Pasi mit dem bulgarischen Staatspräsidenten Petar Stojanov, den neuen Ministern für Verteidigung, Nikolai Svinarov, und Inneres, Georgi Petkanov, sowie den Vertretern des Geheimdienstes, um die Lage in Mazedonien zu besprechen und eine gemeinsame politische Linie zu finden.²² Die Devise der neuen Regierung Sakskoburggotski ist, die Politik Kostovs fortzusetzen und keine Alleingänge zu bestreiten sondern betont in Zusammenarbeit mit den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft eine Beilegung des Konflikts zu erreichen.

Anmerkungen

- 1 Eurostat: „GDP up by 5% in Candidate Countries in 2000“; Nr. 87/12001, 13. August 2001, <http://europa.eu.int/comm/eurostat>.
- 2 <http://www.aresearch.org/doc.php?en=1&id=9>.
- 3 „Economic Policy Underlying Principles. The National Movement Simeon II Coalition“. http://www-ndsimeon2.org/e_default.asp; siehe auch: Bulgarisches Wirtschaftsblatt Nr. 7, Juli 2001, S. 9 f.
- 4 Enlargement Weekly Newsletter: 27.07.2001, http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/docs/newsletters/latest_weekly.htm.
- 5 Günter Verheugen: „Bulgaria and the European Union: Nice and beyond“, 23.03.2001, Sofia, <http://www.evropa.bg/en/pages/speech.htm>.
- 6 „Die EU bewertet uns falsch“, in: Berliner Zeitung, 18.01.2001, http://www.berlinonline.de/bin/print.php/aktuelles/berliner_zeitung/politik/html/1946.html.
- 7 <http://www.aresearch.org/doc.php?en=0&id=41>.
- 8 Regelmäßiger Bericht 2000 der Kommission über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt, 8. November 2000, S. 38.
- 9 „Bulgaria has been fulfilling criteria for the European Union membership“ (news.bg – political news for 28. June 2001).
- 10 Kapital (Sofia), 4.-10.11.2000.
- 11 Eurostat: „GDP up by 5% in Candidate Countries in 2000“; Nr. 87/12001, 13. August 2001, <http://europa.eu.int/comm/eurostat>.
- 12 Eurostat. „Candidate Countries Labour productivity and remuneration levels just over 40% of EU average“, Nr. 55/2001, 22. Mai 2001, <http://europa.eu.int/comm/eurostat>.
- 13 Ebenda.
- 14 Bulgarian Premier-designate presents government programme to parliament, in: BBC, 25.07.2001.
- 15 Pre-accession farm aid for Bulgaria: Go-ahead for payments for EUR 53 million SAPARD-programme. Pressemitteilung der European Union, Brüssel, 15. Mai 2001.
- 16 Vgl. Anm. 14.
- 17 „Balgarija i Rumania v tandem za ES i NATO“, in: Sega, 15.08.2001.
- 18 Standard, 31.10.2000.
- 19 Stability Pact ready to help Bulgaria join „European Structures“, in: BBC, 01.08.2001.
- 20 Bulgarian foreign minister addresses foreign ministers' meeting in Skopje, in: BBC, 13.04.2001, <http://www.db.online.bg/bg/article?artdate=13-04-01&artno=14>
- 21 Die Abkommen regeln u.a. die gegenseitige Anerkennung von Examina, in: BBC, 05.06.2001.
- 22 BTA, 03.08.2001.